

USA

STEFANIE KNÖRCK

Februar 2007

www.kas.de/usawww.kas.de

Südosteuropa: Herausforderungen auf dem Weg von Stabilisierung zu nachhaltiger regionaler Kooperation

Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University erläuterte Dr. Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, die Entwicklungen in der Region seit der Gründung des Stabilitätspakts 1999. Hierbei ging er auch auf die Beitrittsperspektive der Staaten zur Europäischen Union ein.

Busek bezeichnete die Entwicklungen in Südosteuropa als einen Erfolg der euroatlantischen Partnerschaft. In keiner anderen Region Europas habe es in den letzten Jahren solch dramatische Veränderungen gegeben. Nach dem Fall des eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe sich die Landkarte völlig verändert. Jedes Land in der Region habe die Transformation von einem anderen Punkt begonnen. So habe man auf der einen Seite die Länder des ehemaligen Jugoslawien und auf der anderen Seite Bulgarien und Rumänien als ehemalige Sowjetrepubliken. Die Entwicklungen seit dem Ende des Kosovo-Konflikts seien aber in der ganzen Region positiv.

Nach dem Daytoner Abkommen zur Beendigung des Kriegs in Bosnien sei deutlich geworden, dass man etwas zur Stabilisierung der Region unternehmen müsse. So sei im April 1999 die „South East Europe Initiative“ der NATO ins Leben gerufen worden, im Juni 1999 gefolgt vom „Stabilitätspakt für Südosteuropa“. Beteiligt seien u.a. die Länder der Region, die Europäische Union, Länder wie die USA, die Schweiz und Japan sowie internationale Organisationen und Geldge-

ber. Themen, mit denen man sich auseinandersetzen wollte, seien Grenzsicherheit, grenzüberschreitende Kriminalität, Infrastruktur und Wirtschaft gewesen. Die pragmatische Herangehensweise der USA sei hierbei sehr hilfreich gewesen. Auch die Eröffnung einer Beitrittsperspektive zur EU für die Länder der Region sei eine wichtige Entscheidung gewesen. Nun komme man zum Ende des Stabilitätspakts, die Region werde in Zukunft mehr Eigenverantwortung übernehmen. Auch diese Entwicklung bezeichnete Busek als Erfolgsgeschichte. So werde am 11. Mai 2007 ein Gipfeltreffen der Länder der Region stattfinden, um ein regionales Kooperationszentrum zu gründen, welches ab Januar 2008 die Arbeit des Stabilitätspakts übernehmen solle. Busek zeigte sich erfreut, dass es gelungen sei eine „exit strategy“ zu entwickeln, dies sei grundsätzlich schwieriger als eine Initiative zu beginnen. Rückblickend stellte Busek fest, dass man mit dem Stabilitätspakt viel erreicht habe. Das Problem der Flüchtlinge sei so gut wie gelöst, auch wenn natürlich nicht alle Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt seien. Jetzt stünde man vor dem Problem der Migration von Arbeitskräften, in letzter Zeit finde eine besorgniserregende Abwanderung von Hochqualifizierten statt.

Busek machte darauf aufmerksam, dass die unterschiedlichen Länder heute an völlig verschiedenen Punkten in ihrer Entwicklung stünden. Bulgarien und Rumänien seien der EU schon beigetreten, müssten allerdings immer noch daran arbeiten, die Beitrittskonditionen zu erfüllen. Kroatien habe den Status eines Beitrittskandidaten, ebenso die ehemalige jugoslawische Republik Mazedo-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

nien, hier wurden die Verhandlungen jedoch noch nicht eröffnet.

USA

STEFANIE KNÖRCK

Februar 2007

www.kas.de/usa

www.kas.de

Montenegro, erst seit kurzem unabhängig, sei auf dem richtigen Weg. Bezüglich des Kosovo sieht Busek langfristig keine Alternative zur Unabhängigkeit. Was alle Länder der Region gemeinsam hätten, sei eine enorme Verbesserung in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Sicherheitssituation habe sich verbessert, Kriminalitätsraten seien gesunken. Verbesserungswürdig bleibe die Situation der Medien, auch Korruption sei weiterhin ein Problem. Hierzu trügen u.a. sehr geringe Gehälter bei. Im wirtschaftlichen Bereich habe es Fortschritte gegeben, so sei beispielsweise die Infrastruktur verbessert worden. Der Beitritt zur Europäischen Freihandelszone im Dezember 2006 sei ein wichtiger Schritt hin zum gemeinsamen Markt gewesen.

Die Perspektive für eine EU – Mitgliedschaft sei weiterhin für alle Länder der Region gegeben, der Zeitrahmen aber sei offen. Busek bezweifle, dass wohl nicht die Entwicklungen in den Ländern entscheidend für einen Beitritt seien, sondern die Lage innerhalb der EU. Er halte die Diskussion über „absorption capacity“, die zurzeit in der EU geführt werde, für Unsinn. Wichtig sei jetzt, wie es mit der Verfassung weitergehe, da viele Länder die ungeklärte Situation als Ausrede für ein Aufnahmestopp nutzen würden.

Wichtig sei die Verfassung außerdem, um die Rolle der EU als „global player“ stärken zu können. Die Entscheidungsmechanismen müssten geändert werden. Würden weiterhin 27 Minister gemeinsam Entscheidungen treffen, werde die EU nie eine wichtige Rolle in der Welt spielen. Man brauche eine europäische Regierung sowie eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Auch dass es noch keine gemeinsame Energiepolitik gebe, sei ein großer Fehler.